

## Beschluss

Demokratie braucht Erinnerung – Aufarbeitung von Stasi-Unrecht umfassend absichern

Gremium: LDK  
Beschlussdatum: 26.10.2019  
Tagesordnungspunkt: 4. Freiheit! Aber sicher.

### Antragstext

1 Der Deutsche Bundestag hat vor einem Monat, am 26. September 2019, mit den  
2 Stimmen der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die  
3 Möglichkeit zur Überprüfung von bestimmten Personengruppen unter anderem des  
4 öffentlichen Dienstes und von Mandatsträgern auf eine hauptamtliche oder  
5 inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst bis zum 31. Dezember 2030  
6 zu verlängern. Diese wäre sonst nach der bisherigen gesetzlichen Regelung am 31.  
7 Dezember 2019 ausgelaufen.

8 In einer Entschließung hat der Bundestag bei Enthaltung der Bundestagsfraktion  
9 von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN außerdem das „Konzept des Bundesbeauftragten für die  
10 Stasi-Unterlagen und des Bundesarchivs für die dauerhafte Sicherung der Stasi-  
11 Unterlagen durch Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv“  
12 angenommen.

13 Die Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Mecklenburg-  
14 Vorpommern stellt fest:

- 15 • BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern werten die Stasi-Unterlagen  
16 in Form von Papier-, Ton-, Mikrofilm- oder Filmdokumenten sowie die  
17 Gedenkstätten des Stasi-Terrors und auch die private und öffentliche  
18 Auseinandersetzung damit als unverzichtbares Erbe unseres demokratischen  
19 Selbstverständnisses in ganz Deutschland.
- 20 • BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern begrüßen die Verlängerung  
21 der Möglichkeit zur Überprüfung bestimmter Personengruppen, unter anderem  
22 des öffentlichen Dienstes und von Mandatsträgern auf eine hauptamtliche  
23 oder inoffizielle Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst bis zum 31.  
24 Dezember 2030.
- 25 • BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern beklagen, dass mit der  
26 Gesetzesnovelle erneut Möglichkeiten versäumt wurden, die notwendige  
27 Weiterentwicklung und Neustrukturierung der BStU-Behörde anzugehen.
- 28 • BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern befürworten eine  
29 Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv sowie die  
30 Bündelung der Archivstandorte in den neuen Bundesländern zur dauerhaften  
31 Sicherung und besseren Erschließung der Stasi-Unterlagen.

32 • BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern sehen jedoch im „Konzept  
33 des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und des Bundesarchivs für  
34 die dauerhafte Sicherung der Stasi-Unterlagen durch Überführung des Stasi-  
35 Unterlagen-Archivs in das Bundesarchiv“ keine hinreichende Garantie

36  
37

38 – – für die notwendige Fortführung und Weiterentwicklung des  
39 Beratungs-, Recherche- und Forschungsangebots durch den  
40 Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen sowie

41 – – für den Erhalt, Zugang und Auseinandersetzung über die  
42 Gedenkstätten oder

43 – – für die Bildungs-, Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit der  
44 BStU.

45 Denn mit der Entschließung des Konzepts werden keine Aussagen über die Zukunft  
46 der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen oder über künftige  
47 Zuständigkeiten für ihre über die Archivierung hinausgehenden Aufgaben  
48 getroffen.

49 Die Landesdelegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Mecklenburg-  
50 Vorpommern beschließt:

51 • BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordern, dass ein  
52 niederschwelliger Zugang zu den Stasi-Akten für Betroffene,  
53 Recherchierende und Forschende durch persönliche Beratung wie durch  
54 digitale Erschließung auch künftig ermöglicht und weiter verbessert werden  
55 muss.

56 • BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordern von Bund und Land  
57 eine klare Standortfestlegung sowie eine zeitnahe Konzeption und  
58 Bauplanung für den Archivstandort in Mecklenburg-Vorpommern, der eine  
59 archivgerechte Lagerung der Stasi-Unterlagen aus den ehemaligen Bezirken  
60 Rostock, Schwerin und Neubrandenburg, regionale Präsenz und optimale  
61 Anbindung zu Forschungsinstitutionen garantiert.

62 • BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordern, dass die  
63 Gedenkstätten und Erinnerungsorte erhalten werden, zugänglich bleiben und  
64 für aktive Auseinandersetzungen mit ihrer Geschichte an den authentischen  
65 Orten genutzt werden müssen. Dafür sehen wir zuvorderst Bund und Land und  
66 nachrangig die Kommunen in der Pflicht. Sich für diese Aufgabe  
67 konzeptionell auf rein ehrenamtliche Träger zu verlassen, wird der Größe  
68 der Aufgabe nicht gerecht und überfordert das Ehrenamt.

69 • BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Mecklenburg-Vorpommern fordern, dass die bisher  
70 von der BstU geleistete Bildungs-, Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit  
71 auch weiterhin in engem Kontakt mit den Archivstandorten und Gedenkstätten  
72 wahrgenommen wird.

## Begründung

Erfolgt mündlich.